



Gert Richter

Seelbacher Straße 56
65510 Idstein
06126-51358
gert.r.richter@googlemail.com

Pressemitteilung

04.03.2019

Grüne für Stromtrassen-Verlegung am Gänsberg

Im Zuge einer möglichen Verschwenkung von Ultranet soll auch die zweite bestehende Leitung von der Bebauung abrücken

Zur kommenden Ausschussrunde und Stadtverordnetenversammlung hat die Idsteiner Grünen-Fraktion einen Antrag eingebracht, um die Verlegung der vorhandenen Stromtrasse am Gänsberg gemeinsam mit einer Verlegung der geplanten Ultranet-Trasse prüfen zu lassen. Im Antrag wird der Magistrat gebeten, mit den Betreibern der Stromtrassen Kontakt aufzunehmen und für den Fall, dass eine Verlegung der 380-kV-Gesamttrasse (Ultranet) realistisch sei, solle eruiert werden, ob auch eine Parallel-Verlegung der bestehenden Westnetz/DB-Stromtrasse im Bereich des Gänsbergs weg von der Bebauung möglich sei. Falls die Verlegung grundsätzlich realisierbar sei, solle geprüft werden, in welcher Höhe Grobkosten hierfür anfielen und wie ein Finanzierungsmodell aussehen könne. Als letzten Punkt des Antrags wollen die Grünen bei der anstehenden Aktualisierung des Flächennutzungsplans für die Stadt Idstein sowie bei der zukünftigen Ausweisung neuer oder zu ändernder Bebauungspläne angemessene Abstände, möglichst 400 Meter, von der Bebauung zu bestehenden Stromtrassen berücksichtigt sehen. „Wir Idsteiner Grüne wollen damit erreichen, dass die angrenzend wohnenden Idsteiner Bürgerinnen und Bürger nicht nur durch eine Verschwenkung der Ultranet-Trasse weg von der Bebauung vor zusätzlicher elektromagnetischer Strahlungsbelastung geschützt, sondern durch die parallele Verschwenkung der bereits bestehenden Starkstromtrasse erheblich entlastet werden,“ so der Grünen-Stadtverordnete und Umweltexperte Martin Stappel. Er erklärt weiter: „Das durch die Ultranet-Planungen ermöglichte Zeitfenster bietet gute Chancen für die zusätzliche naturverträgliche Verlegung der vorhandenen Starkstromtrasse und damit eine deutliche Entlastung für alle schon bisher Betroffenen in Idstein.“ Die Grünen-Fraktionsvorsitzende Annette Reineke-Westphal ergänzt: „Für zukünftige Bauvorhaben soll durch die Vorgaben im neuen Flächennutzungsplan das Heranbauen von Stromtrassen an die Bebauung und umgekehrt verhindert und damit schädliche Strahlungsbelastungen von vornherein ausgeschlossen werden.“

Mit freundlichen Grüßen

Gert Richter

Bündnis 90/Die Grünen Idstein